

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Problem der Gesamtarbeitsverträge

LANV fordert weitere Gesamtarbeitsverträge, Skepsis in der Schweiz

(G.M.) – Jährlich kommen neue Gesamtarbeitsverträge zum Abschluss, wie aus dem Rechenschaftsbericht von LANV-Präsident Alfons Schädler jeweils bei der Delegiertenversammlung zu vernehmen ist. Der LANV forderte in den letzten Jahren immer wieder den Abschluss solcher mit möglichst allen Wirtschaftszweigen und Branchen. In der Schweiz dagegen erheben sich derzeit kritische Stimmen gegen dieses starre Instrument.

1992 kamen zwischen dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV) und dem Gewerbe insgesamt vier neue Gesamtarbeitsverträge zum Abschluss, nämlich mit dem Elektro-, Elektronik- sowie Radio und TV-Gewerbe, dem Autogewerbe, dem Malergewerbe und dem Detailhandel. Verhandlungen über den Abschluss solcher Gesamtarbeitsverträge gibt es mit den Zahnärzten und mit den zahnärztlichen Labors, erklärte LANV-Präsident Schädler an der Delegiertenversammlung. Im Visier hat der LANV nach seinen Ausführungen auch Verhandlungen mit der nichtmetallverarbeitenden Industrie, mit dem fleischverarbeitenden Gewerbe, mit dem Sägerei- und Holzgewerbe sowie mit dem Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich.

In der Schweiz wird derzeit, in einer

Phase der Deregulierung der Wirtschaft, den Gesamtarbeitsverträgen teilweise mit Skepsis begegnet, da sich diese Verträge durch eine hohe Regelungs- und Normendichte auszeichnen. «Es ist auf der einen Seite unzweifelhaft», schrieb Klaus Hug, der ehemalige Direktor des Biga, in der Neuen Zürcher Zeitung, «dass die Ordnung der Gesamtarbeitsverträge mit ihrer relativen oder absoluten Friedenspflicht einen wesentlichen Baustein unserer gewachsenen Sozialpolitik, eine zentrale Voraussetzung für den hochgeschätzten Arbeitsfrieden darstellt. Auf der anderen Seite kann man den kartellistischen Charakter eines Gesamtarbeitsvertrages, der sich im Institut der Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages zum eigentlichen Kartell verfestigt hat, nicht übersehen».

Nach dieser Darstellung wirkt sich die Starrheit von Gesamtarbeitsverträgen in wirtschaftlich kritischen Zeiten nachteiliger aus als in Zeiten der Hochkonjunktur. Aber auch damals hätte man, meint Hug rückblickend, besser daran getan, mehr Flexibilität in die kollektivvertraglichen Arbeitsverhältnisse hineinzubringen. Er plädiert deshalb, bei aller Anerkennung ihrer sozialpolitischen Ordnungsfunktion, für eine «Entschlackung der Verträge».

Erholung der Baubranche wurde gebremst

Prognosen des Baugewerbes deuten auf eine Verschlechterung der Wirtschaftssituation hin

(G.M.) – Die allgemeine Lagebeurteilung der Industrie und des produzierenden Gewerbes ist, wie aus dem Konjunkturtest des Amtes für Volkswirtschaft hervorgeht, auf eine gleichbleibende Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet. Düstere Prognosen stellt für die nähere Zukunft das Baugewerbe.

Seit dem Konjunkturtest vom Sommer 1990 zeigt die Kurve der allgemeinen Einschätzung der Wirtschaftssituation durch die Baubranche – abgesehen von kurzfristigen Erholungsphasen – nach unten. Das Amt für Volkswirtschaft schreibt denn auch im jüngsten Konjunkturtest, dass die Erholung der Bauwirtschaft im letzten Quartal 1992 gebremst worden sei. Am 1. Januar 1993

beurteilten 63 Prozent der Unternehmen, gewichtet nach der Beschäftigtenzahl, ihre allgemeine Lage als befriedigend, 31 Prozent als schlecht und nur 6 Prozent als gut. Aufgrund dieser Vorgaben sieht die Bauwirtschaft im jetzt laufenden Quartal eine Verschlechterung der Situation: 62 Prozent der gewichteten Antworten sagen einen schlechten Fortgang der Wirtschaftssituation voraus, 38 Prozent prognostizieren eine befriedigende Lage – kein Betrieb geht mehr von einer guten Entwicklung aus.

Im Rückblick auf das 4. Quartal 1992 wird festgehalten, dass das erwartete Absinken der Anlagenauslastung nicht im prognostizierten Ausmass eingetre-

ten ist. Die Hälfte der Unternehmen erlebte einen gleichbleibenden Nutzungsgrad, die andere Hälfte musste eine rückläufige Anlagenauslastung hinnehmen. Die Prognosen lauten, dass 71 Prozent der Betriebe für die nähere Zukunft mit einem Rückgang der Auslastung rechnen.

Nach Aussagen der Bauwirtschaft sind die Auftragseingänge im letzten Quartal 1992 «drastisch zurückgegangen». Immerhin 81 Prozent der nach Beschäftigten gewichteten Antworten verweisen auf einen Abwärtstrend. Die kurzfristigen Prognosen gehen davon aus, dass sogar 89 Prozent eine rückläufige Entwicklung erwarten.

Bundesrat trägt Mehrwertsteuer mit

Erste Aussprache über Berichte zur Aussenpolitik

Bern (AP) Der Bundesrat trägt die Pläne für eine Mehrwertsteuer von 6,5 Prozent mit. Die Sanierung des Bundeshaushaltes werde aber schwieriger zu erreichen sein, hielt die Landesregierung an ihrer Klausursitzung fest, wie Vizekanzler Achille Casanova am Donnerstag mitteilte. Eine breite Aussprache widmete der Bundesrat der Aussen- und Integrationspolitik sowie dem GATT.

Nachdem der Bundesrat ursprünglich eine Modernisierung der Warenumsatzsteuer angestrebt hatte, beschloss er im Hinblick auf die Beratungen im Ständerat, die vom Nationalrat beschlossene Einführung der Mehrwertsteuer mit einem Satz von 6,5 Prozent zu unterstützen. Allerdings werde das Ziel der Sanierung des Bundeshaushaltes schwieriger oder allenfalls erst später zu erreichen sein. Über zusätzliche Einnahmen und Sparanstrengungen unterhielt sich der Bundesrat am Mittwochabend nur kurz. Denn er will der neuen Bundesrätin Ruth Dreifuss Gelegenheit geben, sich zu den von ihrem Departement verlangten Sparanstrengungen zu äussern. Die Beratungen über die Sanierungsmassnahmen sollen nach Mitte April weitergeführt werden.

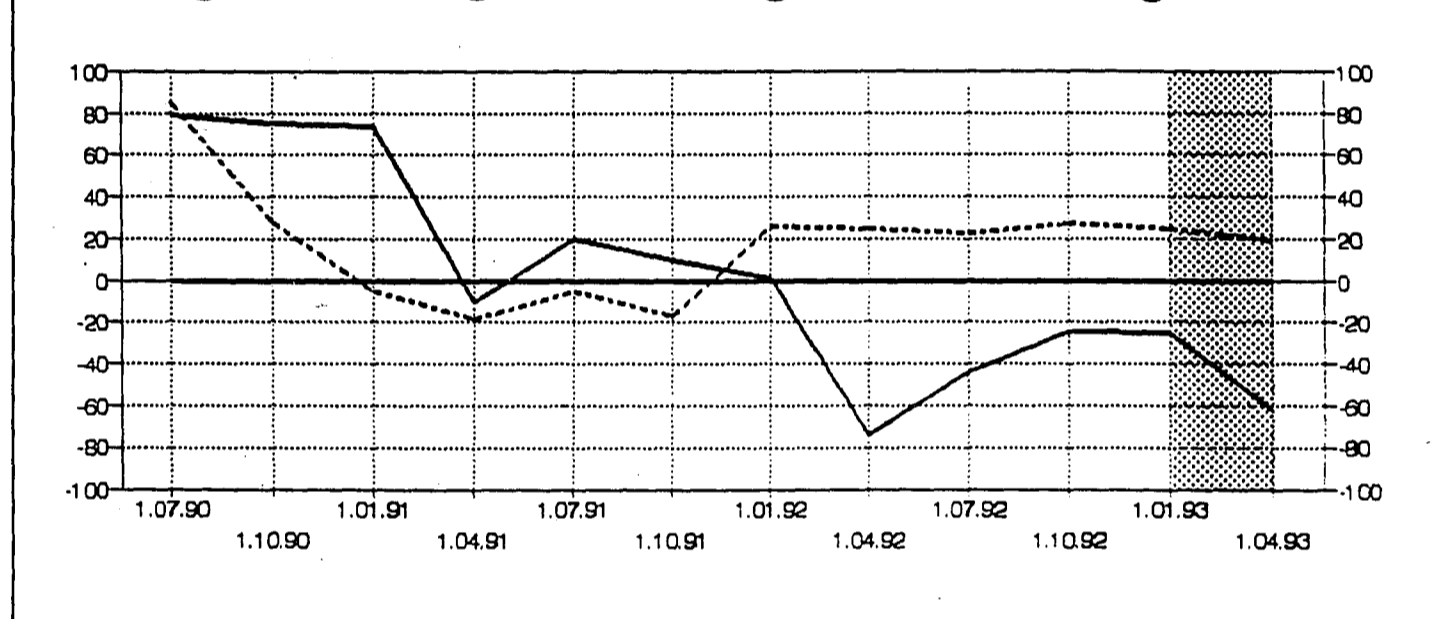
Grundsätzlich positiv nahm die Landesregierung laut Casanova den Entwurf für einen Bericht über die Aussenpolitik in den 90er Jahren und einen Bericht zur Neutralität auf, die der abtretende Aussenminister René Felber präsentierte. Ausgehend von den Entwicklungen der letzten Jahre und von möglichen internationalen Tendenzen legt das erste Doku-

ment Ziele, Mittel und Leitideen der Aussenpolitik unter Einbezug der Neutralitätsfrage dar, wie es in der Mitteilung heisst. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) soll nun den Bericht überarbeiten, eine verwaltungsinterne Konsultation durchführen und dem Bundesrat die neue Fassung im kommenden Sommer zur Verabschiedung vorlegen.

Verhandlungen mit der EG

Was die europäische Integration betrifft, hielt der Bundesrat fest, dass er auf politischer und diplomatischer Ebene weiterhin alle Anstrengungen unternimmt, um in möglichst kurzer Frist die Aufnahme bilateraler Gespräche zu erreichen. Bisher war es nicht möglich, mit der EG bilaterale Verhandlungen zu eröffnen, insbesondere in den Bereichen Transport, Wissenschaft und Forschung.

Allgemeine Lagebeurteilung durch das Baugewerbe



Änderung der Arbeitslosenversicherung?

Neuerungen in unserem Land auf den 1. Januar 1993 – Anpassung an die Schweiz?

(G.M.) – Die steigende Arbeitslosenzahl veranlasst verschiedene Staaten zu Neuerungen in der Arbeitslosenunterstützung. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, dringliche Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung auf den 1. April in Kraft zu setzen. In unserem Land sind neue Bestimmungen auf den 1. Januar 1993 wirksam geworden. Drängt sich eine Anpassung an die schweizerischen Bestimmungen auf?

In der Schweiz setzte der Bundesrat den Taggeldanspruch auf 400 Tage innerhalb von zwei Jahren hinauf, nachdem bisher ein Höchstbezug während

300 Tagen möglich war. Allerdings ist die verlängerte Bezugsdauer an bestimmte Bedingungen geknüpft, die altersmässig unterschiedlich ausgefallen sind: Bei Arbeitslosen unter 35 Jahren gedenkt der Bundesrat die Verlängerung des Taggeldanspruchs vom Besuch von Weiterbildungs- oder Umschulungskursen, von der Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm oder von der Erzielung eines Zwischenverdienstes abhängig zu machen.

Nach der Abänderung des Arbeitslosengesetzes hat der Versicherte in unserem Land Anspruch auf höchstens 250

Taggelder innerhalb von zwei Jahren. Allerdings sind von dieser Regelung Ausnahmen möglich, wenn es bestimmte Umstände erfordern. Das Gesetz, das am 1. Januar 1993 in Kraft getreten ist, hält dazu fest: «In Zeiten andauernder erhöhter Arbeitslosigkeit kann die Regierung die Höchstzahl auf dem Verordnungswege generell oder für einzelne Erwerbszweige erhöhen.»

Die Grundentschädigung für Arbeitslose beträgt in unserem Land 80 Prozent des massgebenden Tagesverdienstes. In der Schweiz gilt in der Regel auch dieser Ansatz, doch kann es bei Versicherten, die weder Kindergeld beziehen noch ein Kind allein erziehen, auf 70 Prozent gekürzt werden, sofern das Taggeld 130 Fr. übersteigt.

«Tag der offenen Tür» in der Spörry-Fabrik

Die Fabrikliegenschaft in Vaduz geht 1993 in Gemeindebesitz über – Vielseitige Nutzungsmöglichkeiten



Ende 1993 wird die Gemeinde Vaduz die Fabrikliegenschaft Jenny, Spörry & Cie. an der St. Luzi-Strasse in Vaduz übernehmen können, so dass es nun an der Zeit ist, die künftige Nutzung des Areals festzulegen. Diesbezüglich legt die Gemeindeverwaltung grossen Wert auf die Meinung der Vaduzer Einwohnerschaft. An einem «Tag der offenen Tür» erhält sie morgen Samstag zwischen 11.00 und 16.00 Uhr die Gelegenheit, die Fabrik zu besichtigen, mit Gemeindevertretern zu diskutieren und auf einem Fragebogen Meinungen, Ideen und Wünsche bezüglich einer Neunutzung niederzuschreiben. Die künftige Nutzung soll besonders die Begegnung und Bereicherung, also die Befriedigung der Bedürfnisse in Kultur, Freizeit und Erholung sicherstellen. Unser Bild zeigt den wichtigsten bzw. markantesten Bauteil der ehemaligen Baumwollspinnerei: die alte Spinnereihalle.

(Bild: Eddy Risch)

modisch
gut
beraten
mit

**Modehaus
Hannelore**

Im Zentrum Kaufin
9494 Schaan

**WIR
STÄRKEN
IHNER
DEN RÜCKEN**

comfarto System 19

Gratis-Büroplanung bei der
BÜRO-ORGANISATION AG
Gewerbeweg 15 · Vaduz
Telefon 075 / 232 46 40
Fax 075 / 232 09 05